

S t a d t H a a n
Niederschrift über die
2. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Mobilität der Stadt Haan
am Dienstag, dem 02.02.2021 um 17:00 Uhr
im Aula des Schulzentrum Walder Strasse

Beginn:
17:00

Ende:
19:51

Vorsitz

Stv. Vincent Endereß

CDU-Fraktion

Stv. Anette Braun-Kohl

SPD-Fraktion

Stv. Jörg Dürr

WLH-Fraktion

AM Sascha Bornträger
Stv. Meike Lukat

Vertretung Stv. Meike Lukat ab TOP 2
bis einschließlich TOP 1

GAL-Fraktion

Stv. Andreas Rehm

FDP-Fraktion

AM Angela Brüntrup

Vertreter des Seniorenbeirates

Herr Karlo Sattler

Verwaltung

StOVR'in Doris Abel
1. Beigeordneter Engin Alparlan
Frau Anja Klöckener
TA Guido Mering
VA Janine Müller
VA Heike Ries

zu TOP 1

*Hinweis: Aufgrund der anhaltenden COVID-19-Beschränkungen können im Zuhörerbereich des Plenums nur eine beschränkte Anzahl an Teilnehmer teilnehmen. Pro Fraktion ist nur eine Vertreter*in zugelassen, die/der das Stimmrecht für alle Ausschussmitglieder wahrnimmt.*

Zur Tagesordnung öffentliche Sitzung

Der **Vorsitzende Stv. Endereß** eröffnet um 17:01 Uhr die 2. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Mobilität der Stadt Haan, welche die Fortsetzungssitzung vom 13.01.2021 (1. Sitzung des UMA) ist. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest.

- Tagesordnung -

Stv. Lukat: Offenbar sei es in der vergangenen UMA-Sitzung vom 13.01.2021 zu Irritationen im Zusammenhang mit der Zuständigkeit des TOPs 3.4/ „B-Plan Festsetzung "Parkanlage" in Nr. 40b - Kompensationsmöglichkeiten, hier: Antrag der Fraktion WLH vom 06.12.2020 (erstmalige Beratung, Einbringung)“ gekommen. Der Antrag wurde zwar vorsorglich zurückgezogen, jedoch weist **Stv. Lukat** auf die Erklärung im vergangenen HFA hin, die die Zuständigkeit des Anliegens im UMA darlegen soll. **Stv. Lukat** bittet um Wiederaufnahme des TOPs.

Ausschussvorsitzender Endereß lässt über die Wiederaufnahme des TOP abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Der TOP 3.4 „B-Plan Festsetzung "Parkanlage" in Nr. 40b - Kompensationsmöglichkeiten, hier: Antrag der Fraktion WLH vom 06.12.2020 (erstmalige Beratung, Einbringung)“ der Tagesordnung der UMA-Sitzung vom 13.01.2021 wird wieder aufgenommen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt
Ja 3 / Nein 10 / Enthaltung 4

Ausschussvorsitzender Stv. Endereß stellt vor Eintritt in die Tagesordnung die Klimaschutzbeauftragte der Stadt Haan, **Frau Janine Müller**, vor.

Frau Janine Müller bedankt sich und stellt sich dem Ausschuss kurz vor. Sie freut sich auf die gemeinsame Zusammenarbeit.

Öffentliche Sitzung

1./ Einführung einer Verpackungssteuer Vorlage: 20/140/2020

Protokoll:

Stv. Rehm: Die GAL sieht in einer Haaner Verpackungssteuer ein Steuerungsinstrument, das unabhängig der Gesetzgebung des Bundes wirken soll. **Stv. Rehm** verweist auf Unternehmen, die sich unabhängig der Gesetzgebung um ein Mehrwegsystem bemühen. Dies unterstreiche, dass solche Mehrwegkonzepte möglich sind und bereits umgesetzt werden.

Frau Abel: Die Verpackungssteuer ist wie im Beispiel Tübingen möglich. Jedoch ist die Rechtslage noch nicht abschließend geklärt. Es ist daher wichtig, dass Haan auf die Entwicklungen anderer Kommunen wartet, wo bereits die Rechtmäßigkeit der Verpackungssteuer festgestellt werden wird.

Stv. Braun-Kohl: Schließt sich den Ausführungen von **Frau Abel** an. Es besteht die Sorge, dass die Verpackungssteuer nicht kontrolliert werden kann. An der Landstraße muss der Zustand aber dennoch verbessert werden, um die massive Vermüllung einzudämmen.

Stv. Dürr: Die SPD wird sich dem Anliegen der GAL anschließen. Man teilt die Auffassung, dass sich die Verpackungssteuer nicht nur an die Gastronomie an der Landstraße, sondern für die gesamte Stadt, richten wird.

Stv. Lukat: Die WLH verneint eine reine Symbolpolitik. Begrüßt wird der inhaltliche Diskurs. Indes hält **Stv. Lukat** die Einwände von **Frau Abel** für nicht greifbar.

Stv. Rehm plädiert für einen erneuten Auftrag an die Verwaltung mit der Erstellung einer neuen Vorlage für den nächsten UMA, um die inhaltliche Diskussion voranzutreiben. Aus Sicht der GAL besteht erheblicher Diskussionsbedarf.

Stv. Lukat formuliert daraufhin einen Beschlussvorschlag, über den der Vorsitzende sodann abstimmen lässt.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, in den Haaner Gewerbebetrieben mit gastronomischem Angebot zu erheben, welche Einwegverpackungen genutzt und gegen Mehrwegverpackungen ersetzt werden können. Die Ergebnisse sind im übernächsten UMA von der Verwaltung vorzustellen, um eine inhaltliche Diskussion zu ermöglichen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen
10 Ja / Nein 0 / Enthaltung 7

2./ Umstellung der Fußgängerbedarfs-Ampelanlage Hochdahler Str. / Bachstr. auf regulären Ampelbetrieb

hier: **Überlegungen der Verwaltung**

Antrag der CDU-Ratsfraktion vom 16.11.2020

Antrag der SPD Ratsfraktion vom 14.12.2020

Vorlage: 66/011/2020

Protokoll:

Stv. Braun-Kohl erläutert den Antrag der CDU-Fraktion, welcher der Variante 2 der Sitzungsvorlage entspricht.

17:47 Uhr: Stv. Lukat verlässt die Sitzung, Stv. Bornträger nimmt für die Fraktion WLH an der weiteren Sitzung teil.

Stv. Dürr: Die SPD hat sich statt eines runden Kreisverkehrs eher eine Eiform an vorgesehener Stelle vorgestellt. Fraglich ist die Realisierbarkeit dieser Variante. Die LSA-gesteuerte Variante birgt die Gefahr, dass der Verkehr auf den umliegenden Bereich umgelegt werden würde.

Stv. Rehm: Eine Kreisverkehrsanlage in Form eines Ovals wird nicht günstiger. Aus Sicht der GAL sollte keine große bauliche Maßnahme angestrebt werden. Aus der Variante 1 wird die bestehende Fahrbahnverschwenkung deutlich. Wünschenswert ist daher die Verschwenkung sanfter auszuprägen. Nach Vorstellung der GAL wäre zusätzlich zur Ausführung der Variante 1 eine Kontaktschleife in der Bachstraße ziel-führend.

Herr Mering: Technisch ist eine Schleife möglich. Auszuschließen ist jedoch ein Tempo-30 in der Hochdahler Straße. Im Gegensatz zum Kreisverkehr bestehen mittels einer LSA bessere Möglichkeiten zur Steuerung des Verkehrs.

Stv. Braun-Kohl: Die CDU hat die große Sorge, dass ein Kreisverkehr zu Mehrverkehr in der Bachstraße führen wird, um die LSA in der Düsseldorfer Straße zu umfahren. Daher spricht sich die CDU für die Vollsignalisierung des Kreuzungspunktes aus.

1. Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird mit der Ausführung der Variante 2 gemäß der Vorlage beauftragt.

2. Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird mit der Ausführung der Variante 1 gemäß der Vorlage, mit dem Zusatz eine Kontaktschleife in die untere Bachstraße zu platzieren, um den MIV bedarfsorientiert in die Hochdahler Straße einfädeln lassen zu können, beauftragt.

Abstimmungsergebnis zum 1. Beschlussvorschlag:

mehrheitlich abgelehnt
Ja 7 / Nein 10 / Enthaltung 0

Abstimmungsergebnis zum 2. Beschlussvorschlag:

mehrheitlich angenommen
Ja 10 / Nein 0 / Enthaltung 7

**3./ Errichtung eines Kreisverkehrs Ittertalsstraße / Königgrätzer Straße
hier: Antrag der FDP Ratsfraktion vom 16.09.2020
Vorlage: 66/003/2020**

Protokoll:

Stv. Braun-Kohl: Bei einem Vor-Ort-Termin kam besonders von den Anliegern der Königgrätzer Straße zum Ausdruck, dass ein Kreisverkehr an vorgesehener Stelle nicht befürwortet wird. Für die Errichtung eines Kreisverkehrs fehle es auch an einem objektiven Grund. Bei der Antragsstellung nicht berücksichtigt wurden die Ergebnisse vom Verkehrsgutachter, sowie die aktuelle Entwicklung zum Straßentausch und dem Umbau der K5 durch den Kreis Mettmann.

Herr Alparslan: Es gibt keine verkehrlichen Probleme am Kreuzungspunkt Ittertalsstraße und Königgrätzer Straße. Es ist auch keine übermäßige Geschwindigkeit festzustellen, was aktuelle Messungen der Polizei und des eigenen Personals attestieren. Auch bestehen keine Probleme bei der Leistungsfähigkeit des Knotenpunkts. Zuletzt bestehen keine Bedenken hinsichtlich der Verkehrssicherheit.

Stv. Brüntrup: Betont wird, dass das Anliegen der FDP auf eine Lärmreduzierung abzielt. Anwohner haben eine Lärmbelastigung in diesem Bereich angesprochen.

Herr Aplarslan: Eine höhere Lärmentwicklung würde mit dem Ausbau des Knotenpunkts hin zu einem Kreisverkehr einhergehen. Durch permanentes Bremsen und Anfahren wird es an der Stelle lauter, als wenn Fahrzeuge mit konstanter Geschwindigkeiten fahren würden.

Beschluss:

Auf den Ausbau eines Kreisverkehrs an dem Knotenpunkt Ittertalsstraße / Königgrätzer Straße wird verzichtet.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen
Ja 16 / Nein 0 / Enthaltung 1

**4./ Frühzeitige Öffnung der Niederbergischen Allee
hier: Antrag der Fraktion WLH vom 05.09.2020
Vorlage: 66/004/2020**

Protokoll:

Stv. Rehm: Wenn der Kreisverkehr geöffnet wird, wird um einen entsprechenden Ausbau gebeten, sodass Radfahrende dort auch gut durchfahren können. Problematisch wird jedoch das Kreuzen der Radfahrenden der Niederbergischen Allee gesehen, der die zukünftige Niederbergische Allee kreuzen wird. Daher fordert die GAL eine Bedarfsampel, damit die Querung erleichtert werden kann.

Stv. Braun-Kohl: Die CDU hält den Beschlussvorschlag für eine sehr gute Lösung, einschließlich dem Vorschlag den Radverkehr mittels Bedarfsampel besonders zu berücksichtigen.

Stv. Dürr: Schließt sich dem Beschlussvorschlag, einschließlich der Errichtung einer Bedarfsampel an.

Beschluss:

Der Umwelt- und Mobilitätsausschuss beschließt die Niederbergische Allee im 2. BA des Technologieparks für den öffentlichen Verkehr freizugeben. Hierzu wird die Anbindung an den östlichen Kreisverkehr L 357/K 20n geöffnet. Eine Durchfahrt in den 1. BA des Technologieparks ist baulich zu verhindern. Die Verwaltung wird beauftragt, die Niederbergische Allee und die Aperam Allee verkehrssicher auszubauen.

Außerdem prüft die Verwaltung den Einsatz einer Bedarfsampel an der Wegkreuzung Niederbergische Allee und Kriekhausen, sowie die Durchlässigkeit für den Rad- und Fußverkehr.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

**5./ Straßen mit Sicherheitsmangel anpacken
hier: Antrag der Fraktion WLH vom 15.07.2020
Vorlage: 66/008/2020**

Protokoll:

Stv. Bornträger: Die zuletzt durchgeführte Geschwindigkeitskontrolle in der Kampheider Straße zeigt, dass Geschwindigkeitsüberschreitungen mutwillig in Kauf genommen werden. Daher schlägt die Fraktion WLH folgenden Beschluss vor über den der Vorsitzende anschließend abstimmen lässt.

Beschlussvorschlag der Fraktion WLH:

„Der Ausschuss nimmt die Ausführungen der Stadtverwaltung zur Kenntnis. Die Verwaltung wird im Weiteren beauftragt, Einvernehmen mit den Behörden des Kreises über die Maßnahmen zur Erhebung des Geschwindigkeitsniveaus auf Straßen mit Sicherheitsmängeln in Haan herzustellen. Als Ergebnis ist eine systematische Untersuchung durch Messungen zu unterschiedlichen Jahres- und Tageszeiten zu erwarten. Die Verwaltung berichtet die Ergebnisse (halb-)jährlich dem UMA.“

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt
Ja 3 / Nein 14 / Enthaltung 0

Sodann lässt der **Vorsitzende Stv. Endereß** über den Beschlussvorschlag gemäß Vorlage abstimmen:

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zustimmend zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

**6./ Kritische Verkehrssituation Straße Buschhöfen Unterhaan
hier: Dialogwunsch der Anwohner vom 11.09.2020 über die Möglichkeiten
der Verkehrsberuhigung z. B. durch Einrichtung eines Verkehrsberuhigten
Bereiches
Vorlage: 66/013/2020**

Protokoll:

Stv. Rehm: In die Diskussion einwerfen möchte **Stv. Rehm** die Frage, ob eine Sackgassenregelung möglich wäre, um den Durchgangsverkehr einzudämmen.

Stv. Braun-Kohl: Der Ausschuss sollte sich vor Ort treffen, um die Situation zu eruieren und sich mit den Bürgern auszutauschen. Anschließend könnte dieses Thema nochmal im Ausschuss diskutiert werden.

Stv. Dürr: Grundsätzlich eignet sich die Straße nicht für überhöhte Geschwindigkeiten.

Stv. Rehm: Es ist kein akutes Gefährdungspotential erkennbar. Daher bittet **Stv. Rehm** den anvisierten Vor-Ort-Termin auf einen Zeitpunkt zu legen, an dem es aus pandemischer Sicht wieder möglich ist.

Beschluss:

Der Ausschuss wird zu gegebener Zeit einen Ortstermin am Buschhöfen festlegen, um die verkehrliche Situation zu eruieren und mit den Anliegern in Kontakt zu treten. Im Anschluss soll über das weitere Vorgehen in der Ausschusssitzung beraten werden.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

- 7./ Wirksame Maßnahmen zur Lärmreduzierung, zur Verbesserung der Verkehrssicherheit, der Fahrradinfrastruktur und zum Klimaschutz im Zuge des Innenstadtkonzeptes**
hier: Antrag des ehemaligen Stv. Peter Schniewind vom 24.08.2020
Vorlage: 66/012/2020
-

Protokoll:

Herr Mering: Entlang der B228 gab es eine lärmtechnische Untersuchung, die die Verwaltung durchgeführt hat. Der Landesbetrieb Straßen NRW stellt fest, dass tagsüber eine Tempo-30-Regelung auf der Bundesstraße nicht zu rechtfertigen ist.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

- 8./ Prüfung der Möglichkeiten zur Einrichtung von Fahrradstraßen im Stadtgebiet unter besonderer Berücksichtigung der vorgeschlagenen Standorte Dieker Straße, Kölner Straße und Diekermühlen Straße**
hier: Bericht der Verwaltung
Vorlage: 66/017/2020
-

Protokoll:

Stv. Dürr: Die SPD sieht die Vorlage kritisch. Die SPD wünscht sich, dass die Verwaltung ihre Haltung zum Thema Fahrradstraßen überdenkt.

Stv. Rehm: Die GAL wünscht sich mehr Mut bei der Umsetzung von Fahrradstraßen. Daher stellt die GAL den folgenden Beschlussvorschlag vor:
Die Verwaltung wird beauftragt eine Fahrradstraße an der Dieker Straße zu errichten.

Stv. Braun-Kohl: Die CDU sieht die Diekermühlenstraße als eine Möglichkeit zur Errichtung einer Fahrradstraße. Als Argumente nicht akzeptiert werden eine schwierige Topographie oder ein mit der Fahrradstraße einhergehender „Schilderwald“.

Stv. Dürr: Die SPD wird die Vorschläge der GAL und CDU mittragen. Zusätzlich in den Maßnahmenkatalog eingebunden werden sollte die Adlerstraße.

Frau Klöckener: Auch die Straßenverkehrsbehörde ist sehr daran interessiert den Radverkehr zu fördern. Jedoch muss ein besonderes Augenmerk auf die Verkehrssicherheit und den Vorgaben der VwV-StVO gelegt werden. Diese Voraussetzungen sieht die Straßenverkehrsbehörde bei den vorliegenden Straßen nicht gegeben.

Herr Alparslan: Bei der Umsetzung einer Fahrradstraße sind viele Beteiligte involviert. Auch wenn wir als Verwaltung die Wünsche der Politik teilen, sind wir verpflichtet Recht und Gesetz einzuhalten. Die Gründe für Fahrradstraßen sind alle nachvollziehbar. Doch letztlich wird die Straßenverkehrsbehörde daran gemessen, wie sehr sie Recht und Gesetz einhält. Der Vorschlag lautet nun die Errichtung einer Fahrradstraße zunächst an einer Straße umzusetzen.

Stv. Dürr: Die SPD schließt sich der Idee an, erst mit einer Straße zu beginnen und Erfahrungen zu sammeln.

Stv. Rehm: Die GAL wird ihren Beschlussvorschlag der oberen Diekerstraße aufrecht halten. Man beobachtet dort viele Schüler auf dem Fahrrad.

Der **Vorsitzende Stv. Endereß** lässt sodann über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob in der oberen Diekerstraße zwischen dem Kreuzungspunkt Schillerstraße und der Einfahrt zur Tiefgarage eine Fahrradstraße errichtet werden kann.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

Ja 17 / Nein 0 / Enthaltung 0

-
- 9./ Nachhaltige Verbesserung der Fahrradinfrastruktur in Haan: Radfahrstreifen und Fahrradstraßen zur Innenstadt. Reduzierung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit auf der B 228
hier: Antrag des ehemaligen Stv. Peter Schniewind vom 07.08.2020
Vorlage: 66/016/2020**
-

Protokoll:

Stv. Rehm stellt eine teilweise Überschneidung mit dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen SPD, GAL und WLH fest.

Stv. Dürr: Die SPD sieht den Antrag von Herrn Schniewind als eine Ergänzung, die über den gemeinsamen Antrag von GAL, SPD und WLH hinausgeht.

Ausschussvorsitzender Enderes fragt, ob der Antrag zum TOP 9 zurückgestellt werden soll, bis der gemeinsame Antrag im HFA und Rat beraten worden ist.

Beschluss:

Der Antrag des ehem. Stv. Peter Schniedwind wird zurückgestellt.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

- 10./ Befahren der Fußgängerzone im Innenstadtbereich auch außerhalb der Ladezeiten für Taxen und Mietwagen mit Fahrauftrag, sofern dieser im Bereich der Fußgängerzone beginnt oder endet
hier: Antrag der SPD Ratsfraktion vom 31.08.2020
Vorlage: 66/015/2020**
-

Protokoll:

Stv. Dürr: Die SPD bedauert sehr, dass nicht alle Dokumente für die Entscheidungsfindung von der Verwaltung aufgeführt werden. Die Unterschriftenliste und auch ein zweites Gespräch als Protokoll sind nicht beigefügt. Die SPD ist der Auffassung, dass mobilitätseingeschränkte Personengruppen benachteiligt werden. Daher wird um Zustimmung für den Antrag geworben.

Stv. Rehm: Die GAL werde dem Beschlussvorschlag der Verwaltung folgen.

Beschluss:

1. Zur Erhaltung des Charakters und der Zweckbestimmung der Fußgängerzone Neuer Markt bleibt eine Befahrung mit Fahrzeugen aller Art, ausgenommen Radverkehr, außerhalb der Lieferzeiten generell untersagt, sofern keine Ausnahmegründe vorliegen.
2. Der Antrag der SPD-Fraktion, das Befahren der Fußgängerzone im Innenstadtbereich für Taxen und Mietwagen auch außerhalb der Ladezeiten freizugeben, sofern ein Fahrauftrag vorliegt, der im Fußgängerbereich beginnt oder endet sowie zur entsprechenden Beschilderung der Einfahrten in den Fußgängerbereich, wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich angenommen
Ja 10 / Nein 7 / Enthaltung 0

**11./ Minimierung des Befahrens des Fußgängerbereichs des Neuen Markts durch Installation von versenkbaren Pollern
hier: Antrag der SPD Ratsfraktion vom 23.09.2020
Vorlage: 66/018/2020**

Protokoll:

Stv. Braun-Kohl: Da der Beschlussvorschlag den Ausbau der Innenstadt betrifft, wird vorgeschlagen, den Antrag in die Arbeitsgruppe Innenstadt zu verschieben und dort zu beraten.

Beschluss:

Der Umwelt- und Mobilitätsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis. Das Ergebnis der Beratungen hinsichtlich der Aufstellung der Poller in der erweiterten Arbeitsgruppe Innenstadt-konzept Haan wird seitens der Verwaltung in der nächsten Sitzung des Ausschusses vorgestellt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen
Ja 17 / Nein 0 / Enthaltung 0

**12./ Auflösung der Umleitung des LKW-Ausweichverkehrs ab 16 to an der unteren Diekerstraße/ Ecke Böttingerstraße durch die Stadt Haan in beiden Richtungen und Einrichtung eines Verbotes für LKW über 3,5 to
hier: Bürgerantrag vom 26.09.2020
Vorlage: 66/019/2020**

Beschluss:

Der Bürgerantrag vom 26.09.2020 wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

**13./ Querungshilfe auf der Ellscheider Straße in Höhe der Einmündungen Brill und Kriekhausen, Reduzierung der erlaubten Höchstgeschwindigkeit
hier: Antrag des ehemaligen Stv. Peter Schniewind vom 07.08.2020
Vorlage: 66/014/2020**

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahmen der Verwaltung, der Fachaufsicht sowie des Straßenbulasträgers zum Antrag des ehemaligen Stv. Peter Schniewind zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

**14./ Temporäre Abschaltung von Lichtsignalanlagen
hier: Beschluss des Arbeitskreises Runder Tisch Klimaschutz vom
18.08.2020
Vorlage: 66/009/2020**

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

15./ Einsatz des Geschwindigkeitsmessgerätes
hier: Festlegung der Standorte für das Jahr 2021
Vorlage: 66/010/2020

Protokoll:

Stv. Braun-Kohl: Die CDU kann sich vorstellen, an den folgenden Straßen Geschwindigkeitsmessgeräte einzusetzen: Ohligser Straße (Wiederholungsmessung an der KITA), Zwengenberger Straße, Landstraße, Pastor-Vömel-Straße/Ecke Parkstraße

Stv. Dürr: Die SPD regt folgende Standorte für den Einsatz eines Geschwindigkeitsmessgeräts an: Heinhauser Weg, Alleestraße (Höhe Penny), Am Hühnerbach zwischen Tilsiter und Überfelder Straße, Kaiserstraße (Höhe Haan Markt)

Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt an den von der Verwaltung vorgeschlagenen Standorten Geschwindigkeitsmessgeräte einzusetzen. Darüber hinaus wird die Stadtverwaltung beauftragt folgende Standorte für den Einsatz des Geschwindigkeitsmessgeräts zusätzlich zu berücksichtigen:

- Ohligser Straße (Wiederholungsmessung an der KITA)
- Zwengenberger Straße
- Landstraße
- Pastor-Vömel-Straße/Ecke Parkstraße
- Heinhauser Weg
- Alleestraße (Höhe Penny)
- Am Hühnerbach zwischen Tilsiter- und Überfelder Straße
- Kaiserstraße (Höhe Haan Markt)

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

**16./ Einrichtung einer Tempo-30-Strecke im Bereich der Büssingstraße zwischen Einmündung Siemensstraße und dem Kreisverkehr (in Fortsetzung der Strecke zwischen Bahndamm und Einmündung Siemensstraße)
hier: Antrag der SPD-Ratsfraktion vom 13.09.2020
Vorlage: 66/005/2020**

Protokoll:

Stv. Dürr: Vor allem zur Hauptverkehrszeit morgens wird die Notwendigkeit gesehen ein Tempo 30 im Bereich der Büssingstraße zwischen Einmündung Siemensstraße und dem Kreisverkehr einzurichten. Die Straße gehört durchaus zum Einzugsbereich der Schule. Die SPD wird es begrüßen, wenn die Stadtverwaltung über ein temporäres Tempo-30, während der Schulzeiten (7 – 16 Uhr, Kernschulzeiten), nachdenken könnte.

Stv. Braun-Kohl: Die CDU schlägt vor prüfen zu lassen, ob eine Verlängerung der Tempo-30 bis zur Einfahrt Steinkulle (Bushaltestelle) möglich ist. Ansonsten werde die CDU dem Beschlussvorschlag der Verwaltung folgen.

Herr Mering: Durchgängig ist eine Tempo 30 Anordnung auf der Büssingstraße als Zufahrtsstraße zum Gewerbegebiet nicht möglich; temporär indes gegebenenfalls schon.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis. Die Einrichtung einer Tempo-30-Strecke im Bereich der Büssingstraße zwischen der Einmündung Siemensstraße und dem Kreisverkehr wird abgelehnt.

Die Verwaltung wird indes beauftragt die Einrichtung einer Tempo-30-Strecke temporär (während der Kernschulzeiten) oder lediglich bis zur Bushaltestelle Steinkulle zu prüfen und gegebenenfalls umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

**17./ Gestalterische und bauliche Maßnahmen am Hülsberger Busch zur Verringerung des Durchgangsverkehrs und der gefahrenen Geschwindigkeit
hier: Antrag SPD-Ratsfraktion vom 08.09.2020
Vorlage: 66/006/2020**

Beschluss:

Der Ausschuss stimmt dem Verwaltungsvorschlag zur Dämpfung der Fahrgeschwindigkeit auf der Straße Hülsberger Busch gemäß Anlage 1 zu. Zur Überprüfung der Wirksamkeit der Maßnahme wird im Laufe des Jahres das Geschwindigkeitsanzeigergerät der Stadt eingesetzt. Im Anschluss wird die Verwaltung dem Umwelt- und Mobilitätsausschuss über die Ergebnisse berichten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

**18./ Einrichtung von Tempo-30-Strecken vor den Kindergärten Hochdahler Straße und Erikaweg
hier: Antrag der SPD-Ratsfraktion vom 08.09.2020
Vorlage: 66/007/2020**

Protokoll:

Stv. Dürr: Die SPD kann den Ausführungen der Verwaltung nicht zustimmen. **Stv. Dürr** bittet um Berücksichtigung der VwV-StVO, aus der er die Erläuterungen zum Zeichen 274 zitiert.

Herr Mering: Entscheidend ist die Formulierung „in der Regel“. Dies impliziert eine Einzelfallprüfung bei der Anordnung von Tempo-30-Strecken. Die Entscheidungsgewalt liegt bei der Straßenverkehrsbehörde, nicht beim Ausschuss. Die VwV-StVO wurde bei der Entscheidungsfindung berücksichtigt.

Stv. Braun-Kohl: Eine Tempo-30-Strecke gibt im punktuellen Bereich Sicherheit. Das Thema sollte weiterverfolgt werden. **Stv. Braun-Kohl** schlägt vor ein Schreiben an die obere Straßenverkehrsbehörde und den Verkehrsminister aufzusetzen, mit der Bitte eine Tempo-30-Strecke vor KITA und Schulen ausnahmsweise zuzulassen.

Stv. Rehm: Schlägt eine Resolution im Rat vor, damit der Rat dieses Schreiben aufsetzt.

Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, im Bereich des Kindergartens Hochdahler Straße und im Bereich des zukünftigen Kindergartens Erikaweg gemäß der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Straßenverkehrsordnung (VwV-StVO) in der jeweils gültigen Fassung in Zusammenarbeit mit den zuständigen Straßenverkehrsbehörden Tempo-30- Strecken einzurichten.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich angenommen
Ja 10 / Nein 0 / Enthaltung 7

**19./ Bürgerantrag vom 26.05.2020 der Fridays for Future Ortgruppe Haan
hier: Zweite FFF-Forderungen - Kommunale Minimalforderungen
Vorlage: BM/002/2020**

Protokoll:

Die Vertreter von Fridays For Future sind nicht anwesend; daher wird der TOP in den nächsten UMA geschoben.

20./ Beantwortung von Anfragen

Protokoll:

I. Anfrage der Fraktion SPD vom 29.01.2021: „Baumfällungen im Bereich Bebauungsplan 40b“

- Ist der Verwaltung bekannt, dass auf den Flächen des zur Änderung beantragten Bebauungsplan 40b Baumfällungen in größerem Umfang vorgenommen wurden? Es handelt sich hierbei um den Baumbestand unter Hochspannung zwischen der östlichen Einfahrt von Gut Hahn und den Parkplatz Rheinische Straße Ecke Bergische Straße.
- Handelt es sich hierbei um eine genehmigungspflichtige Fällung?
- Wenn Ja, vor welchem Hintergrund wurde der Antrag positiv beschieden.
- Wenn Nein, gibt es Erkenntnisse darüber warum die Fällung der Bäume durchgeführt wurde.

Antwort der Verwaltung:

Derzeit werden seitens der Netzbetreiber die Hochspannungsleitung im Stadtgebiet freigeschnitten, das heißt es werden in erster Linie zu nah an die Leitungen wachsende Bäume gekappt. Diese Maßnahmen dienen der Sicherheit des Netzbetriebs und bedürfen keiner gesonderten Genehmigung.

Darüber hinaus sind flächenhafte Rodungsmaßnahmen von Dritten durchgeführt worden. Hierüber hatte die Verwaltung bisher keine Kenntnis. Ob diese Maßnahmen gegen die Baumschutzsatzung oder Festlegungen des Bebauungsplans verstoßen, wird durch die Verwaltung kurzfristig geprüft werden.

Weitere Antwort der Verwaltung zu Protokoll:

Die flächenhaften Gehölzrodungen verstoßen nicht gegen Festlegungen des Bebauungsplans 40b.

Eine Luftbildauswertung hat aber ergeben, dass sich auf dieser Fläche auch unter die Baumschutzsatzung fallender Baumbestand befunden haben muss. Bei einer Überprüfung vor Ort konnten entsprechende Baumstubben zweier frisch gefällter Bäume dokumentiert werden.

Diese Dokumentation muss nun noch bewertet werden. In Abhängigkeit vom Ergebnis wird die Verwaltung die notwendigen Maßnahmen einleiten.

II. Anfrage der WLH: Parkplätze an der B 228

1. Wie viele Parkplätze gibt es aktuell, nach der neu durchgeführten Markierung, an der B228 von der Kreuzung Böttinger/Wilhelm/Bahnhofstraße bis zur Einmündung Kölner / Bahnhofstraße? Die Angabe bitte als "Mischkalkulation", da natürlich beim Längsparken immer mehr Fahrzeuge in der Größenordnung Smart gegenüber SUVs Platz finden.

Antwort der Verwaltung:

Auf der Südseite bestehen 36 und auf der Nordseite 20 Parkplätze.

2. Wie viele dieser Parkplätze müssten wo bei der Einrichtung eines angeordneten Fahrradschutzstreifens bergauf zwingend entfallen?

Antwort der Verwaltung:

Bei der Einrichtung eines angeordneten Fahrradschutzstreifens müssen insgesamt die auf der Südseite bestehenden 36 Parkplätze entfallen.

3. Sind tatsächliche Kundenparkplätze der auf diesem Teilstück vorhandenen Einzelhändler und Dienstleister durch eine Anordnung des Fahrradschutzstreifens betroffen? In der o.a. Antwort der Verwaltung auf die Frage der WLH-Fraktion in der Sitzung für Wirtschaftsförderung am 27.10.2016 hatte bereits die Verwaltung erklärt, dass Kundenparkplätze, d.h. der Stellplatznachweis zum Gewerbe, grundsätzlich nicht auf der öffentlichen Verkehrsfläche ausgewiesen werden. Hat sich an diesem Grundsatz seit 2016 etwas geändert?

Antwort der Verwaltung:

Nein für beide Teilfragen.

4. Würden beim Einzelhändler Jacques Weindepot einer der vier von der Bahnhofstraße aus sichtbar vorhanden Kundenparkplätzen, links neben dem Laden nicht mehr angefahren werden können bei Anordnung eines Fahrradschutzstreifens auf der gegenüberliegenden Fahrbahnseite? Der Unternehmer hatte hierzu öffentlich seine Sorge im o.a. Leserbrief formuliert, dass mit einem Fahrradschutzstreifen plötzlich Kunden Weinkartons nach Hause tragen müssten.

Antwort der Verwaltung:

Nein.

5. Wie viele Parkplätze könnten in dem Teilstück der Straße Stöcken in die Parkraumbewirtschaftung aufgenommen werden? Wie der Gutachter in der Parkraumsituationsanalyse vom 13.06.2016 bereits dargelegt hatte, ist diese Option vorhanden und könnte so in einem nachgewiesenen Bedarfsfall, zu Gunsten der Gewerbebetriebe erfolgen.

Antwort der Verwaltung:

Zwischen Stöcken und der Luisenstraße handelt es sich um 11 Parkplätze.

6. Liegen der Verwaltung Beschwerden oder Anträge von Gewerbetreibenden der Bahnhofstraße vor, in denen diese um mehr Kundenparkplätze ersuchen, d.h. die eigentlich vorhandenen, die auf eigenen Grundstücken oder Grundstücken Dritter nachgewiesen wurden, nicht ausreichen? Wenn ja, bitte ich um eine Aufstellung nach Hausnummern und Anzahl.

Antwort der Verwaltung:

Nein.

III. Anfrage SPD: Wird im Rahmen der Maßnahme auch der Gehweg entlang der Kampheider Straße bis zur Einmündung Irdelen eingerichtet?

Antwort der Verwaltung:

Der Gehweg wird lediglich bis zum Ende der aktuellen Maßnahme Fahrbahnanhebung Kampstraße/Kampheider Straße errichtet. Die Fortsetzung des Gehweges erfolgt im Rahmen einer gesonderten Ausschreibung.

21./ Mitteilungen

Protokoll:

Es liegen keine Mitteilungen vor.